

Landtag: Viel Arbeit vor der Sommerpause

Auf die Abgeordneten wartet vor der Sommerpause nochmals ein prall gefüllte Traktandenliste. Neben dem Rechenschaftsbericht 2015 wird das Parlament neun Gesetze in erster Lesung und weitere 22 Traktanden behandeln. Wirklich umstrittene Themen sind nicht auszumachen.

PATRIK SCHÄDLER

VADUZ. Im Juni-Landtag wird traditionellerweise der Rechenschaftsbericht der Regierung behandelt. Dies ist nichts anderes als der Jahresbericht aller Ministerien, der Ämter, Gerichte und des Landtags. Die Behandlung des Rechenschaftsberichtes ist eine Frage- und Antwortrunde zwischen dem Landtag und den Regierungsmitgliedern. In diesem Zusammenhang genehmigt der Landtag auch die Landesrechnung. Der Rechenschaftsbericht 2015 umfasst fast 500 Seiten. Erfahrungsgemäss dauert die Behandlung deshalb auch mehrere Stunden. Auch bei den anderen Traktanden sind zwar ausführliche Debatten zu erwarten. Grosse Überraschungen wird es aber keine geben. Die grosse Anzahl an ersten Lesungen zeigt aber, dass die Regierung nochmals Gas gegeben hat, um möglichst viele Themen vor dem Wahlkampf in den Landtag zu bringen.

Information **PUK zur Post AG**

Traktandum 4

Um was geht es?

Der Landtag hat im November 2015 auf Initiative der DU-Fraktion eine Parlamentarische Untersuchungskommission zur Liechtensteinischen Post AG eingesetzt. Dabei geht es um die Überprüfung der Vorgänge rund um die Auslandsgeschäfte der Post. Diese haben dazu geführt, dass der Staat der Post mit einer Finanzspritze von gut sechs Millionen unter die Arme greifen musste.

Prognose

Resultate der PUK sind noch nicht zu erwarten. Der Landtag wird mit einem Zwischenbericht informiert. Ein ausführlicher Schlussbericht wird erst nach der Sommerpause vorliegen. Spannend dürfte sein, wie viel die PUK bisher schon gekostet hat.

Kredit **Neues Verwaltungsgebäude in Vaduz**

Traktandum 9

Um was geht es?

Die Regierung plant, in Vaduz für 28,5 Millionen Franken ein neues Verwaltungsgebäude zu erstellen. Damit sollten künftig 5,3 Millionen Franken jährlich an Mieten eingespart werden. Das Gebäude mit dem Namen «Dienstleistungszentrum» soll 2021 bezogen werden können.

Prognose

Bisher waren keine negativen Stimmen zu diesem Bauvorhaben zu vernehmen. Deshalb ist davon auszugehen, dass der Kredit trotz klammer Staatskasse genehmigt wird. Dies vor allem im Hinblick auf eine langfristige Kosteneinsparung.

Initiativbegehren **«Familie und Beruf»**

Traktandum 23

Um was geht es?

Die Wirtschaftskammer hat die Initiative «Familie und Beruf» lanciert und erfolgreich Unterschriften gesammelt. Die Initiative hat zum Ziel, dass künftig das Krankentaggeld bei einer Mutterschaft und die Kita-Förderungen durch die Familienausgleichskasse (FAK) bezahlt werden.

Prognose

Es gibt noch einige offene Fragen zum Vorhaben der Wirtschaftskammer. Zudem müssten bei einer Annahme einige andere Gesetze (z. B. KVG) abgeändert werden. Deshalb ist der Ausgang völlig offen. Wenn der Landtag nicht zustimmt, wird es zu einer Volksabstimmung kommen.

Gesetz (1. Lesung) **Erhöhung Mindestertragssteuer**

Traktandum 25

Um was geht es?

Nachdem der Landtag schon einen Vorstoss der VU (2014) und der Freien Liste (2015) abgelehnt hat, will nun auch Regierungschef Adrian Hasler die Mindestertragssteuer für juristische Personen von heute 1200 auf 1800 Franken pro Jahr erhöhen. Dies bringt dem Staat mindestens 15 Millionen Steuereinnahmen zusätzlich.

Prognose

Dieses Mal ist es unbestritten, dass der Vorschlag eine Mehrheit findet, da er nun von der Mehrheitspartei kommt. Es wird aber einen parteipolitischen Schlagabtausch geben, da man diese zusätzlichen Einnahmen auch früher hätte haben können.

Gesetz (1. Lesung) **Abänderung Asylgesetz**

Traktandum 30

Um was geht es?

Die Regierung will das Asylverfahren massiv beschleunigen und ein «7-Tage-Verfahren» einführen. Mit sogenannten Unzulässigkeitsentscheiden sollen Gesuche von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen rascher abgelehnt werden können.

Prognose

Die Anpassungen des Gesetzes sind mehrheitlich unbestritten. Aufgrund des positiven Volksentscheides in der Schweiz für eine Straffung des Verfahrens wird es als sinnvoll erachtet, dass hier auch Liechtenstein entsprechende Anpassungen vornimmt.